



AGGLOMERATIONSPOLITIK

Obwohl drei von vier Schweizerinnen und Schweizern in den Agglomerationen leben, wird dem Thema noch immer wenig Bedeutung beigemessen.

Seiten 16 und 17

Am
25. November
Ja
zum Tierseuchen-
gesetz
Seite 4

pitopia.de



Zu wem gehört das Kind?

Das vom Bundesrat vorgelegte neue Sorgerecht will die Väter den Müttern gleichstellen. Das tönt gut, birgt aber Zündstoff. «links» hat mit der Nationalrätin Margret Kiener Nellen und dem männer.ch-Präsidenten Markus Theunert über die Knackpunkte der Vorlage gesprochen. Seiten 2 und 3

ASYLGESETZ



Fraktionspräsident Andy Tschümperlin erklärt, warum die Parteileitung der SP Schweiz das Referendum gegen das Asylgesetz nicht unterstützt.

Seite 5

PRO/CONTRA



Alt-Bundesratssprecher Oswald Sigg und Alt-Nationalrat André Daguët: Der eine ist für, der andere gegen das Bedingungslose Grundeinkommen.

Seiten 6 und 7

CARTE BLANCHE



Die zunehmende Digitalisierung bietet gerade für eine linke Politik vielfältige Chancen, sagt Felix Stalder, Professor für Digitale Kultur.

Seite 19

«Diese Vorlage wird noch viel zu

Trennt sich ein Elternpaar, erhält heute meist die Mutter das Sorgerecht für die Kinder. Der Nationalrat will nun das gemeinsame elterliche Sorgerecht zur Regel machen. Ein wichtiger Schritt, findet Vätervertreter Markus Theunert, Nationalrätin Margret Kiener Nellen ist skeptisch. Interview: Andrea Bauer

Der Bundesrat schlägt vor, dass im Fall von Trennungen und Scheidungen die Eltern im Regelfall neu gemeinsam für das Kind sorgen sollen. Haben die Väter damit etwas zu feiern?

Markus Theunert: Es ist kein Grund zum Feiern, aber ein wichtiger erster Schritt. Heute sprechen die Gerichte das gemeinsame Sorgerecht nur aus, wenn beide Eltern einverstanden sind. Andernfalls entscheidet das Gericht. In der Regel erhält so die Mutter das Sorgerecht. Das bringt zwei Probleme mit sich: Sie kann erstens die Diskussion abrechnen und bekommt Recht. Das sendet eine falsche Botschaft aus. Sie lautet nicht: Du musst eine Lösung finden, sondern: Kick doch den Vater raus, das ist am einfachsten. Das ist fatal. Das zweite Problem: Es stimmt zwar, dass Väter weniger für die Kinder machen. Heute haben sie jedoch nicht die Möglichkeit, dies mit der Scheidung zu ändern. Mit der neuen Vorlage haben beide Eltern gleich lange Spiesse. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Spiesse weggelegt werden und man nach der bestmöglichen Neuorganisation der Familie sucht.

Margret Kiener Nellen: Der Gebrauch von Kampfwortschatz stört mich. Zudem wird die Vorlage wegen des Begriffs «Sorge» falsch verstanden. Die Medien zeigten nach der Nationalratsdebatte Bilder von harmonischen Familien und Vätern, die sich um die Kinder kümmern. «Gemeinsame elterliche Sorge» bedeutet, dass die Entscheidrechte bei beiden Eltern bleiben. Nicht aber Betreuung, Pflege und Erziehung.

Die SP würde es vorziehen, wenn als Regelfall neben dem gemeinsamen Sorgerecht die Möglichkeit bestünde, das Sorgerecht dem einen oder dem anderen Elternteil zuzusprechen.

MKN: Weder Kinder noch Eltern entsprechen DIN-Normen. Es sind Personen, die in einer Vielfalt von Situationen und Beziehungen leben. Das ist das, was ich als Anwältin und Mutter erlebe. In rund 25 Prozent der Fälle leiden die Kinder beim gemeinsamen Sorgerecht unter den Dauerkonflikten der Eltern. Darum der Vorschlag der SP für die Gleichwertigkeit der Optionen «Sorgerecht der Mutter», «Sorgerecht des Vaters» und «Gemeinsames Sorgerecht» – dies im übergeordneten Interesse des Kindeswohls. Man kann nicht einen Regelfall be-

stimmen, wenn gleichzeitig die Gerichte und Behörden unterdotiert sind, um die dadurch zunehmenden strittigen Fälle zu bearbeiten. Diese Vorlage wird noch viel zu kauen geben.

MT: Da sind wir bereits am entscheidenden Punkt: Die Variation von Paar-Konstellationen mag unendlich sein. Aber eine Konstante gibt es: Es gibt immer eine Mutter und einen Vater. Und das Kind hat ein primäres Bedürfnis: «S Mami gseh und de Papi gseh.» Die SP kann sich nicht das Label «Gleichstellungspartei» auf die Fahne schreiben und gleichzeitig Hand bieten zu einer Gesetzgebung, die die Väter mit einer gewissen Systematik aus der Familie drängt.

Gibt es nicht auch Fälle, in denen das Kind besser nur einem Elternteil zugesprochen wird?

MT: Die Fälle gibt es, etwa wenn ein Elternteil sexuelle oder sonstige Gewalt ausübt. Sie sind durch die Vorlage abgedeckt. Sinn und Zweck der Vorlage ist es aber zu sagen: Mit Trennung und Scheidung hört zwar die Partnerschaft auf, nicht aber die Elternschaft. Sie ist nicht kündbar. Von keiner Seite.

«Elternschaft ist nicht kündbar. Von keiner Seite.» MARKUS THEUNERT

Die neue Regelung geht vom Ideal kooperierender Eltern aus. Das ist doch realitätsfremd.

MKN: Genau. Der Entwurf mit dem gemeinsamen Sorgerecht ist ein Schönwetterprogramm. Zwischen den Fällen, von denen Markus spricht, und den 75 Prozent, in denen es kaum Probleme gibt, gibt es die Eltern, bei denen die Verletzungen so tief sitzen, dass sie in einen Dauerkonflikt münden können. Auch dort soll man die Möglichkeit haben, das Sorgerecht einem Elternteil zuzusprechen.

MT: Viele Verletzungen entstehen doch erst durch die Machtspiele, die das jetzige System begünstigt. Die Väter krampfen sich den Hintern ab, um die Familie zu ernähren, und plötzlich steht der Richter vor ihnen und sagt: Sorry, Sie waren ja nie zuhause. Die Väter werden einfach aus der Familie rausgespickt.

Fakt ist: In den meisten Familien ist die Kinderbetreuung vor allem Sache der Mutter.

MT: Die Männer übernehmen heute noch immer den Hauptteil der Ernährerverantwortung

Margareta Sommer



– ob man das nun gut findet oder nicht. In Familien mit kleinen Kindern arbeiten die Männer im Schnitt gut 40 Stunden auswärts und knapp 30 Stunden zuhause, die Frauen gut 10 Stunden auswärts und 60 zuhause. Sie arbeiten beide gleich viel, erbringen aber unterschiedliche Leistungen für das Wohl der Familie.

Wir reden hier von Eltern, die sich trennen oder scheiden. Ist es nicht naiv davon auszugehen, dass sie sich dann schon einigen, wenn man ihnen das gemeinsame Sorgerecht zuspricht?

MT: Im Zentrum steht das Interesse des Kindes, den Kontakt zu beiden Eltern zu wahren. Dies ist höher zu gewichten als das Freiheitsrecht von Mutter oder Vater. Klar, es ist eine normative Vorlage. Neunzig Prozent der Männer sagen aber, sie wollten weniger und flexibler arbeiten und mehr Zeit für die Kinder haben...

MKN: ... aber sie tun es nicht.

MT: Doch, sie tun es. Sie reduzieren ihre Erwerbsarbeit zwar nicht, weil sie den Ernährer-

MARKUS THEUNERT ist Präsident des Dachverbands der Schweizer Männer- und Väterorganisationen männer.ch und gehört der Eidg. Kommission für Frauenfragen an. Er ist Mitglied der SP Zürich. Vom 1. bis 24. Juli war er der erste Männerbeauftragte des Kantons Zürich. Er ist Herausgeber des Buches «Männerpolitik. Was Jungen, Männer und Väter stark macht».

kauen geben»



druck haben. Aber sie arbeiten mehr zuhause. Diesen Tatbeweis muss man ernst nehmen.

MKN: Du blendest die Fälle mit Konfliktpotenzial aus. Die gemeinsame Sorge erfordert ständige gemeinsame Absprachen und Entscheide: Geht das Kind in die Montessori-Krippe oder in die öffentliche? Geht es in den Musikunterricht? Welchen Sport macht es? In der Vorlage fehlen rasche Schlichtungsmechanismen für Fälle, in denen sich die Eltern nicht einigen können. Ich habe vorgeschlagen, die Mediation in die Vorlage aufzunehmen, bin damit aber im Nationalrat gescheitert. Es ist wichtig, dass der Ständerat sich jetzt die Zeit nimmt, das Gesetz sorgfältig nachzubessern.

MT: Bei der Mediation sind wir uns einig. Nur: Das Gesetz sagt, dass die Person, bei der das Kind sich aufhält, über alltägliche und dringliche Dinge bestimmen kann und die grossen Fragen mit weitreichenden Folgen gemeinsam entschieden werden sollen. Das ist praktikabel. Auch wenn es Konflikte gibt: Man kann nicht einen Elternteil einfach rauskickern.

Ein umstrittener Punkt ist der Zügelartikel: Die Ehepartner sollen nicht mehr die vollständige Freiheit haben, was ihren Wohnsitz betrifft.

MT: Es ist kein Problem, wenn man von Burgdorf nach Bern zieht, hingegen schon, wenn man von St. Gallen nach Genf zieht. Aber auch dort: Mit der Elternschaft geht man die Verpflichtung ein, seine Interessen hinter die des Kindes zurückzustellen.

MKN: In Deutschland kennt man einen ähnlichen Artikel, der wie in der Schweiz die Niederlassungsfreiheit der Eltern einschränkt. Dort gibt es spezielle Gerichte, die bei Uneinigkeiten zwischen den Eltern sehr schnell entscheiden. Sie werden sehr oft angerufen. So etwas sieht die Vorlage wie gesagt nicht vor und deshalb braucht es eine Nachbesserung.

Simonetta Sommaruga wollte ursprünglich das Sorgerecht gleichzeitig mit dem Unterhaltsrecht neu regeln, krebste aufgrund von Protesten der Väterorganisationen jedoch zurück...

MKN: Die finanzielle Frage ist immer vernetzt mit allen anderen Komponenten und muss prioritär geregelt werden. Wir wissen seit Jahrzehnten, dass Kinderarmut durch die Trennung der Eltern entstehen kann und dass ein Viertel aller Einelternfamilien in Armut lebt.

MARGRET KIENER NELLEN ist seit 2003 SP-Nationalrätin aus dem Kanton Bern, Mitglied der Finanzkommission sowie der Rechtskommission. Sie ist seit 25 Jahren Anwältin mit eigener Kanzlei in Bolligen BE. Von 2001 bis 2008 war sie Gemeindepräsidentin von Bolligen (www.kienernellen.ch). Sie ist Mutter zweier erwachsener Söhne.

Als Sozialdemokratin ist es für mich absolut prioritär, dass der Kinderunterhalt gesichert wird. Wie kann man einen Regelfall genannt «gemeinsame elterliche Sorge» im Gesetz verankern, ohne mit der Unterhaltsfrage endlich eine sichere finanzielle Existenz für Kinder und Eltern zu schaffen?

MT: Wir wollten zum einen nicht, dass die Vorlage überladen wird – es handelt sich bei beiden Vorlagen um hochkomplexe Fragestellungen. Zum anderen wollten wir nicht schräge Mischrechnungen begünstigen. Würde man die Vorlagen nämlich gemeinsam behandeln, liefe das auf einen faulen Kuhhandel hinaus, der hiesse: ‚Die Väter erhalten mehr Rechte am Kind, die Mütter erhalten dafür Geld.‘ Die Väter müssten sich ihr Recht sozusagen erkaufen. Das wird beiden nicht gerecht.

Wird bei der Überarbeitung des Gesetzes auch Gleichstellungspolitik betrieben?

MT: Klar! Bei der heutigen Scheidungsrate von 50 Prozent ist es gleichstellungspolitisch unverantwortlich zu suggerieren, dass Hausfrau und Mutter zu sein eine schlaue Berufsperspektive ist. Genauso dumm ist es, den Mann in die Ernährerfalle treten zu lassen, indem man ihn dazu anhält, immer noch mehr zu arbeiten. Schauen wir uns die heutige Lohnkurve an: Sie läuft parallel bis zum Zeitpunkt der Geburt des

«Weder Kinder noch Eltern entsprechen DIN-Normen.» MARGRET KIENER NELLEN

ersten Kindes. Und dann, was geschieht? Der Mann steigert sein Arbeitspensum, macht Karriere und die Frau bleibt zuhause. Ich finde, bei der SP sollte das Lösen realer Defizite nicht auf Kosten einer gleichstellungspolitischen Vision gehen. Was soll Gleichstellung anderes sein als egalitäre Partnerschaftsmodelle mit geteilter Verantwortung für Geld und Fürsorge?

MKN: Gleichwertige Fürsorge im Sinne von Betreuung, Pflege und Erziehung der Kinder regelt das Gesetz eben gerade nicht. Zentral ist, dass die Tagesbetreuung funktioniert und die Lohngleichheit realisiert wird. Wir müssen unentgeltliche Tagesstrukturen schaffen. Heute strampeln wir uns ab in einer Infrastruktur, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel zu wenig ermöglicht. Das Gesetz, das die Beziehungen in Konfliktfällen regelt, muss auch Gewähr bieten, dass es in der Praxis funktioniert. Wir müssen Müttern und Vätern ermöglichen, sich paritätisch zu beteiligen – an Betreuung, Pflege, Erziehung. Wir sind aber noch lange nicht so weit.

JA ZUR REVISION DES TIERSEUCHENGESETZES AM 25. NOVEMBER

Was ist ein Wasenmeister?

Die Revision des Tierseuchengesetzes ist vielleicht kein weltbewegendes Thema, wichtig ist sie dennoch. Dies nicht, weil die Funktion des Wasenmeisters – dieser ist zuständig für die Beseitigung und Verwertung von Tierkadavern – gestrichen wird, sondern wegen der Gesundheitsprävention von Mensch und Tier.

Durch den internationalen Tier-, Waren- und Personenverkehr sowie die Klimaerwärmung ist die Seuchengefahr gewachsen – und dürfte noch weiter wachsen. Das betrifft insbesondere Seuchen, die in der Schweiz erfolgreich bekämpft wurden, weltweit aber noch vorkommen wie die Maul- und Klauenseuche oder die Rindertuberkulose. Im Fall eines Ausbruchs des West-Nil-Fiebers beispielsweise bestünde zudem die Gefahr, dass diese Krankheit auch auf den Menschen übertragen werden könnte. Tierseuchen können dabei zu gigantischen wirtschaftlichen Schäden führen: Die Maul- und Klauenseuche verursachte 2001/2002 in England Kosten von 8 Milliarden Euro, 6 Millionen Tiere wurden getötet.

Seuchen halten nicht an der Kantonsgrenze

Mit der Revision werden folgende Anpassungen vorgenommen: Der Bund wird mit der Förderung der Prävention gegen Tierseuchen beauftragt. Dafür ist der Erlös aus der Schlachtabgabe von gut 3 Millionen Franken vorgesehen. Der Bund erhält die Kompetenz, Früherkennungsprogramme durchzuführen. Wenn nötig, kann

Impfstoff schnell beschafft und unentgeltlich oder verbilligt abgegeben werden. Der Bundesrat soll neu auch die Finanzierung von neuen Bekämpfungsprogrammen, zeitlich befristet, schweizweit regeln können. Heute ist es so, dass jeder Kanton für sich festlegen kann, ob und in welcher Höhe sich die Tierhaltenden an den Bekämpfungskosten beteiligen müssen. Dies kann dazu führen, dass Tierhalterinnen und Tierhalter je nach Kanton für die gleichen Leistungen unterschiedlich viel bezahlen. Neu soll auch der Hausierhandel mit Hunden verboten werden. Dieser stellt eine Gefahr dar, da die Welpen häufig aus Tollwutrisiko-Ländern stammen und nicht geimpft sind. Die Kantone bleiben weiterhin für den Vollzug zuständig, die Bekämpfung von Tierseuchen muss aber gesamtschweizerisch koordiniert geschehen, denn eine Seuche macht an der Kantonsgrenze nicht Halt.

Kein Impfobligatorium

Das neue Gesetz enthält entgegen den Behauptungen der Gegenseite keine Bestimmung für ein Impfobligatorium. Ob für eine

bestimmte Tierseuche eine Impfung vorgesehen werden kann, entscheidet grundsätzlich der Bundesrat. Massnahmen wie eine nationale Impfkampagne werden aber immer in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen vorbereitet. Betroffene Organisationen und Verbände werden frühzeitig einbezogen.

Für eine glaubwürdige Landwirtschaft

Gesunde Tierbestände stellen die Basis für eine glaubwürdige und wirtschaftliche Landwirtschaft dar. Deshalb unterstützt auch die Fachkommission Viehwirtschaft des Schweizerischen Bauernverbands die Revision. Umso erstaunlicher ist es, dass gerade die Partei, die sonst immer die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern zu vertreten vorgibt, die Nein-Parole beschlossen hat.

Die Revision des Tierseuchengesetzes ist eine notwendige Anpassung an eine globalisierte Zeit, schützt Mensch und Tier und stärkt die landwirtschaftliche Produktion, deshalb sagen wir Ja zu dieser Vorlage.

Chantal Gahlinger

ist politische Fachsekretärin und unter anderem zuständig für die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK.



Ex-Press

Gesunde Tiere sind die Grundlage einer glaubwürdigen und wirtschaftlichen Landwirtschaft.

ASYLGESETZ-REFERENDUM

Wenn überhaupt, dann später!

Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Verfolgung, Unterdrückung und der Bedrohung von Leib und Leben. Ein kleiner Teil von ihnen gelangt nach Europa. Die meisten Flüchtlinge bleiben innerhalb des eigenen Landes oder fliehen in ein Nachbarland. Menschen, die ihre Flucht in die Schweiz führt, haben Anrecht auf menschliche Behandlung und den Zugang zu einem fairen Asylverfahren. Wenn sie in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannt werden, haben sie Anrecht auf Asyl, also auf Schutz und Unterstützung. Im von der SP-Basis in Lugano verabschiedeten Migrationspapier wurden die Eckpfeiler unserer Asylpolitik schriftlich verankert.

Bereits 2006 wurden Verschärfungen im Asylgesetz trotz eines von unserer Seite äusserst engagiert geführten Abstimmungskampfs von 68 Prozent der Stimmenden angenommen. Die SP hatte damals das Referendum zusammen mit allen Flüchtlingsorganisationen lanciert. Die wuchtige Annahme der Verschärfungen war ein Steilpass für die Rechte für noch weitergehende Verschärfungen. Dieses Szenario droht sich nun bei einem Referendum gegen die laufende Asylgesetzrevision zu wiederholen. Die Zustimmung zum Referendum wird im derzeitigen politischen Umfeld eher noch geringer ausfallen als 2006, und die SVP wird es nicht verpassen, den Abstimmungskampf als Plattform für die Unterschriftensammlung für ihre Internierungs-Initiative zu nutzen. Dass eine echte und seriöse Debatte gegen Parteien, die das Thema



nur populistisch bearbeiten wollen, schwierig ist, haben wir in den letzten Monaten erlebt. Diese Gründe spielen denn auch mit, wenn die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH und die hinter ihr stehenden Hilfswerke sowie Amnesty International diesmal das Referendum nicht unterstützen.

Dazu kommt, dass das Referendum selbst bei einem Erfolg nicht viel bringen würde:

Im Verlaufe der Debatten in den Kommissionen wurde die Revisi-

on der Asylgesetzgebung in drei Teile aufgeteilt: Teil 1 wird in der Wintersession und Teil 2 im Verlaufe der nächsten beiden Jahre behandelt. Auch gegen diese Teile kann nach der Verabschiedung in den nationalen Räten das Referendum ergriffen werden. Die Asylgesetzrevision ist also nicht abgeschlossen. Im Gegenteil: Sie wird uns in den nächsten beiden Jahren voll beschäftigen. Der jetzt zur Debatte stehende Teil 3 wurde in der Herbstsession 2012 von National- und Ständerat mit klaren Mehrheiten für dringlich erklärt und ist damit bis zu einer Abstimmung (also mindestens für ein dreiviertel Jahr) automatisch in Kraft. Nach nur drei Jahren müssen die jetzt dringlich erklärten Bestimmungen ins ordentliche Recht überführt werden – wenn über-

haupt, ergibt ein Referendum zu jenem Zeitpunkt Sinn.

Und zuletzt muss man auch inhaltlich relativieren: Wenn man nüchtern Bilanz zieht, überwiegen die bis heute beschlossenen negativen Aspekte der Revision, allerdings sind die Verschlechterungen nicht genügend dramatisch, als dass sich ein Referendum rechtfertigen liesse – erst recht nicht, wenn man gar keine Aussichten hat, es zu gewinnen.

An der Praxis der Asylgewährung für eritreische Deserteure etwa wird sich nichts ändern. Die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert Deserteuren, die an Leib und Leben gefährdet sind, den Flüchtlingsstatus und nicht nur – wie immer wieder behauptet wird – die vorläufige Aufnahme. Die Abschaffung des Botschaftsverfahrens ist zwar tatsächlich ein herber Verlust, für vor Ort an Leib und Leben gefährdete Personen wird aber die Möglichkeit zur Einreise über humanitäre Visa erhalten bleiben.

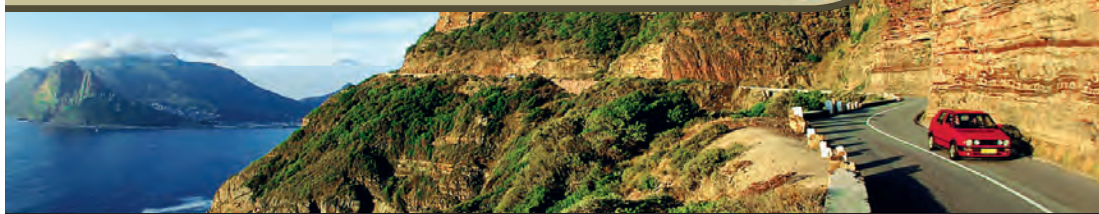
Auf den Punkt gebracht stellt sich uns heute eine simple Frage: Helfen wir den Menschen, die in die Schweiz geflüchtet sind oder noch flüchten möchten, mit einem Referendum gegen diese Vorlage? Ich sehe nicht, wie. Im Gegenteil: Nach einer verlorenen Referendumsabstimmung wird nochmals verschärft Stimmung gegen eine offene und humanitäre Migrationspolitik gemacht, wie sie uns vorschwebt.

Aus all diesen Überlegungen hat das SP-Präsidium entschieden, keinen Antrag an die Delegiertenversammlung zu stellen, das Referendum gegen das Asylgesetz zu unterstützen.

Andy Tschümperlin ist Nationalrat SZ und Fraktionspräsident

Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



dreamtime
TRAUMZIELE TRAUMREISEN

Mehr Details finden Sie unter www.fairreisen.ch Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 0101

STANDPUNKT



Leyla Gül
Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärinnen

Für einmal unpolitisch

Auf den ersten Blick ist es eine ziemlich schummrige Angelegenheit, das SP-Zentralsekretariat. Jedenfalls wenn man von draussen hineinkommt. Durch die Lauben der Spitalgasse (Nicht-StadtbernerInnen bleiben Sinn und Zweck von Lauben ohnehin verschlossen), durch einen dunklen Korridor, am Eingang eines zweifelhaften Pubs vorbei, die Treppe rauf und – voilà, hier steht man: in der Zentrale sozialdemokratischer Politik, dem Innersten des Parteiapparats. Ab dem Mittag dringt Bratwurstgeruch von der Metzgerei darunter ins Büro. Auch ohne das Fenster zu öffnen, steht der «Surprise»-Verkäufer quasi im Büro, wenn er unten auf der Strasse für seine Zeitschrift wirbt. Alle fünf Minuten klingelt das Tram, um unachtsame oder verträumte PassantInnen zu verjagen. Die Räumlichkeiten des SP-Sekis entsprechen vorsichtig ausgedrückt nicht den neusten Energiestandards. An unserem ersten Arbeitstag (22.10., ein warmer Herbsttag) trugen einige Mitarbeitende gefütterte Pantoffeln und Pulswärmer.

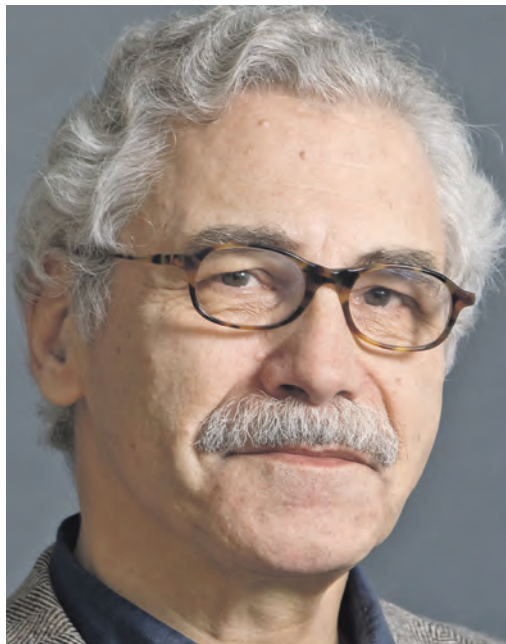
Doch schon sehr bald kommt Hell ins Dunkel respektive in die schummrige Umgebung – der erste Eindruck verfliegt. Über zwei Stockwerke verteilt, in Grossraum- oder Einzelbüros, arbeiten rund dreissig jüngere und ältere Frauen und Männer aus der ganzen Schweiz. Mit Teilzeit- oder Vollzeitpensen sorgen sie voller Engagement dafür, dass diese Zeitung mit Inhalt gefüllt ist, über alle möglichen Kanäle unsere Positionen und Kampagnen verbreitet werden, die dafür notwendige IT funktioniert, inhaltliche Grundlagen erarbeitet werden, die Finanzen im Lot sind und alle Sektionen eine Ansprechpartnerin haben. Dies mit dem Ziel, unsere Gesellschaft und Wirtschaft sozialer, ökologischer und gerechter zu gestalten.

Selbstverständlich geht das nur mit euch. Der Apparat ist ein wichtiger, aber eben nur ein kleiner Teil unserer Bewegung. Ihr – die Mitglieder – seid das, was die SP ausmacht: eine breite und vielfältige Basis. Ohne euch wären wir ein Schiff ohne Anker.

Wir freuen uns auf viele gute Begegnungen und den Austausch mit euch, sei es an DVs, in den Sektionen oder hier an der Spitalgasse. Unsere Türe steht immer offen – der Kaffee ist übrigens nicht schlecht (und das Team freut sich über Gipfeli)!

Bis bald, Flavia und Leyla

Bedingungsloses



PRO

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir sollten eigentlich froh sein darüber, dass für die «ungewöhnlichste Volksinitiative» (Blick) überhaupt Unterschriften gesammelt werden. Gewöhnlich werden ja Initiativen lanciert von Parteien und Verbänden im Hinblick auf den nächsten Wahltermin. Die Mitglieder unseres Initiativkomitees – darunter auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – wollen nicht gewählt werden. Unser Ziel ist es vielmehr, dass in der Schweiz über die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens abgestimmt wird.

Das Grundeinkommen für alle ist auch eine schweizerische Idee. Bis heute kennt man noch in der Innerschweiz da und dort die mittelalterliche Einrichtung der Alp- oder Allmend-Nutzungsgenossenschaft. Der Gemeinbesitz an Wald und Weideland wirft für die Genossenschaftlerinnen und Genossenschaftler Erträge ab.

Das Grundeinkommen für alle ist auch eine sozialdemokratische Idee. Nach meiner Überzeugung müsste es wie die AHV solidarisch finanziert werden. Hans-Peter Tschudi hat immer wieder gesagt: «Die Reichen haben die AHV nicht nötig, aber die AHV die Reichen.» Bei uns könnte der überbordende Reichtum zugunsten des Gemeinschaftswerks Grundeinkommen ein wenig umverteilt und damit die soziale Ungerechtigkeit erheblich abgebaut werden.

Das Grundeinkommen für alle ist aber auch eine Idee zur Förderung unserer Wirtschaft. Es ist einerseits eine Investition in den Menschen: in seine Bildung, seine Phantasie, seine Fähigkeiten, seine Arbeit.

Das Grundeinkommen für alle ist andererseits eine Investition in unsere Gesellschaft. Nicht nur in die Wirtschaft, sondern in die ganze Gesellschaft, in welcher heute die Hälfte sämtlicher Arbeit unbezahlt ist: Frauenarbeit, Familienarbeit, soziale Arbeit und andere Leistungen mehr.

Wir sollten, liebe GenossInnen, vielleicht wieder einmal etwas weiter denken, jedenfalls viel weiter als bis zum Jahr 2015. Wir sollten heute gesellschaftliche Änderungen anstossen, die noch in diesem Jahrhundert politische Realität werden könnten. Aber dafür müssen wir jetzt etwas tun.

Mit solidarischem Gruss
Oswald Sigg

Oswald Sigg (68) ist ehemaliger Vizekanzler und Bundesratssprecher, Redaktor beim Mediendienst «Hälfte/Moitié» und Mitglied des Initiativkomitees für ein Bedingungsloses Grundeinkommen.

Grundeinkommen DV in Thun



CONTRA

Ich begrüsse jede gesellschaftspolitische Debatte zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeit. Dazu gehört auch das Bedingungslose Grundeinkommen. Dennoch bin ich entschiedener Gegner dieser Volksinitiative. Ich halte den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, den SP und Gewerkschaften gehen, für besser, auch wenn der Weg steinig ist.

Es geht um den substantiellen Ausbau der AHV, um Mindestlöhne von 4000 Franken, Lohngleichheit, um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine gute Arbeitslosenversicherung, um Mutterschaftsschutz, Elternurlaub und Stipendien. Wir wollen das Recht auf Bildung und Arbeit und eine bessere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Demgegenüber eine Initiative zu lancieren, die als einziger Punkt das Grundeinkommen in der Verfassung verankern will, ohne dabei auch nur einen einzigen Hinweis auf Höhe, Finanzierung und Anspruchsberechtigung hineinzuschreiben, verlangt vom Volk, dass es über eine Blackbox abstimmt. Es wird nicht besser, wenn die Initiantinnen und Initianten bereits jetzt verkünden, die Initiative finde sowieso keine Mehrheit in der Volksabstimmung. Reichlich naiv.

Wenn ich höre, dass die Initiative so kurz geraten sei, weil sich die Initiantinnen und Initianten über die entscheidenden Fragen uneins waren und darum die vollständige Aus-

gestaltung dem – bürgerlichen! – Parlament überlassen, staune ich nur. Daraus resultiert am Ende das deutsche Hartz-4-Modell, das die Arbeitslosen und Alleinerziehenden definitiv gesellschaftlich marginalisiert und die Tiefstlöhne nach unten drückt.

Genau dasselbe passiert bei uns, wenn das bürgerliche Parlament entscheidet, wie das Grundeinkommen ausgestaltet wird: monatliches Grundeinkommen von 1500 bis 2000 Franken und unsoziale Finanzierung über die Mehrwertsteuer. Sicher nicht über eine Reichumssteuer. Und dann könnte man gleich noch AHV, IV und ALV abschaffen. Und den Mutterschaftsschutz dazu.

Das ist das Modell einer absoluten Zweiklassengesellschaft. Mit jenen, die am Rande leben und jenen, die gute Einkommen aus Erwerbsarbeit und Kapital erhalten.

Das ist nicht meine Vision einer gerechten Gesellschaft.

André Daguet

André Daguet (65) ist ehemaliger Nationalrat und Gewerkschafter und engagiert sich wie eh und je, wenn es um Arbeit, Einkommen und soziale Sicherheit geht.

DV in Thun

Am 1. Dezember treffen sich die Delegierten der SP Schweiz in der «Reithalle» auf dem Messegelände der Expo Thun – eine Vorschau auf die Traktanden.

STATUTARISCHE GESCHÄFTE Verabschiedet werden sollen zwei wichtige statutarische Geschäfte: einerseits zur Gruppe 60+ und andererseits zum Gleichstellungsrat.

RESOLUTION Neben anderen Resolutionen können sich die Delegierten zur Resolution «Vorwahlen Bundesrat» äussern. Sie verlangt von der Geschäftsleitung, dass diese ein Modell zu parteiinternen Vorwahlen innerhalb der SP Schweiz im Fall des Rücktritts eines Bundesratsmitglieds ausarbeitet.

Angeregte Debatten versprechen die beiden Entscheide über die Parteienfinanzierung und die Unterstützung des Asylgesetz-Referendums: **PARTEIENFINANZIERUNG** Anfang 2012 erhielt die SP Schweiz Angebote zur finanziellen Unterstützung aus der Wirtschaft. Die Geschäftsleitung beschloss daraufhin, in einem ersten Schritt die Kantonalparteien in dieser Frage zu konsultieren und anschliessend die Delegiertenversammlung über den grundsätzlichen Umgang mit finanziellen Zuwendungen aus der Wirtschaft entscheiden zu lassen.

ASYLGESETZ-REFERENDUM Das Präsidium der SP hat entschieden, das Referendum zum Asylgesetz nicht zu unterstützen (siehe Kommentar Seite 5). Verschiedene Sektionen haben jedoch Anträge zur Unterstützung des Referendums angekündigt. Der definitive Entscheid wird an der Delegiertenversammlung gefällt.

PAROLEN Schliesslich gilt es die Parolen zu den Abstimmungen vom 3. März 2013 zu fassen. Die Stimmberechtigten werden sich an diesem Datum zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik, zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei» sowie zum Bundesgesetz über die Raumplanung äussern können.

Alle Informationen und Dokumente zur Delegiertenversammlung finden sich unter www.spschweiz.ch/dv



Schweizer Luftwaffe



Ex-Press

Die EU hat andere Prioritäten

Ende Oktober reiste eine Delegation der SP-Bundeshausfraktion nach Brüssel mit dem Ziel, sich vor Ort über den aktuellen Stand der bilateralen Beziehungen mit der EU zu informieren. Drei Erkenntnisse und ein persönliches Fazit von Hildegard Fässler.

Erste Erkenntnis: «Nous sommes là» ist die Haltung des Europäischen Ausländischen Dienstes und wohl auch der EU-Kommission.

In Brüssel wartet man auf Schritte und Vorschläge der Schweiz. Man wird dort nicht selber aktiv. Aufseiten der EU ist man offen, gesprächsbereit und steht unter absolut keinem Druck. Der neue Vorschlag des Bundesrates für die Weiterführung des bilateralen Weges wird wohlwollend geprüft. Klar ist aber, dass die EU uns keine neuen Ideen liefern wird.

So hat etwa eine Verknüpfung des bilateralen Energieabkommens mit den institutionellen Fragen keine Chance. Was den Gerichtshof angeht, so verweist die EU auf den bestehenden Vorschlag im EWR-Abkommen.

Zweite Erkenntnis: Die Schweiz bleibt nicht die «einzige Batterie Europas».

Mit dem steigenden Stromverbrauch und der dezentralen Stromerzeugung mittels Sonne und Wind braucht es zusätzliche Speicher- und Leitungskapazität. Unser Leitungsnetz muss ausgebaut werden. Wir sind zwar noch eine Strom-Drehscheibe Europas und eine wichtige Speichernation, sprich: Batterie. Aber

auch Norwegen kann die Batterie-Rolle übernehmen. Handeln und verhandeln ist angesagt, und zwar rasch.

Dritte Erkenntnis: Die Innenwahrnehmung und die Aussenwahrnehmung der Schweiz und ihrer Rolle innerhalb Europas liegen sehr weit auseinander.

Der einzige Weg mit Entwicklungspotenzial ist der Beitritt der Schweiz zur EU.

In der Schweiz verspürt man in verschiedenen Dossiers einen Druck vonseiten der EU, Lösungen zu erarbeiten. Man glaubt sich auch in verschiedener Hinsicht in einer starken Verhandlungsposition (die EU will etwas von uns). Die Aussensicht auf die Schweiz, und das bestätigten auch Medienschaffende in Brüssel, ist hingegen komplett anders. Die EU ist nicht besonders interessiert an der Schweiz. Sie hat ganz andere Prioritäten: etwa die Euro-Krise, Finanzprobleme verschiedener Staaten oder die Umsetzung des EU-Rechts in allen Mitgliedsstaaten. Für die EU ist zudem der bilaterale Weg mit der Schweiz am Ende.

Fazit: Der einzige Weg mit Entwicklungspotenzial ist der Beitritt der Schweiz zur EU. Man könnte auf die Idee kommen, für die Weiterentwicklung der Beziehungen EU-Schweiz wäre ein EWR-2-Vertrag allenfalls eine Lösung. Damit wäre etwa die Frage der Gerichtsbarkeit gelöst und die Situation generell geklärt. Aber, und ich zitiere hier Hans-Jürg Fehr aus dem Pressedienst der SP Schweiz vom Oktober: «Die Knacknuss ist der mit dem EWR-Beitritt verbundene Demokratieverlust für die Schweiz. Schon der im Rahmen des Bilateralismus praktizierte autonome Nachvollzug führt uns diesbezüglich an die Grenzen des Erträglichen, mit dem EWR-Beitritt würden diese Grenzen definitiv überschritten. Mitsprache ist kein valabler Ersatz für verlorene nationale Selbstbestimmung. Diese kann nur kompensiert werden durch internationale Mitbestimmung. Wenn wir schon alles übernehmen sollen, was die EU-Staaten beschliessen, dann sollten wir zu diesen Staaten gehören und nicht zu denen, die im Vorzimmer auf die Entscheide der anderen warten.» Dem ist aus meiner Sicht nichts beizufügen.

Hildegard Fässler
ist Nationalrätin SG



Die SP legt klar zu und ist Gewinnerin der Wahlen 2012

Die SP Basel-Stadt hat bei den Regierungs- und Grossratswahlen mit ihren guten Listen und einem ausserordentlich engagierten Wahlkampf den Lohn ihrer Arbeit einfahren können. Sie legt klar um 2,5 Prozent zu, in einzelnen Wahlkreisen wie im Westen sogar über 4,5 Prozent. Sie erreicht damit das zweitbeste Resultat seit den 40er-Jahren und ist mit einem zusätzlichen Sitz im Grossen Rat vertreten.

Der Erfolg bei der Regierungsratswahl ist für Basel-Stadt in dem Ausmasse wohl einmalig. Unsere Regierungsrätin/e sind mit einem absoluten Glanzresultat wiedergewählt worden. Eva Herzog hat in der Majorzwahl 68 Prozent, Christoph Brutschin 60.7 und Hans-Peter Wessels 56.7 Prozent der Stimmen abholen können. Damit hat die Basler Bevölkerung ihre solide politische Arbeit in den letzten Jahren honoriert. Es ist ihnen gelungen, erfolgreich die brennendsten Themen in Basel-Stadt anzugehen und mehrheitsfähig zu machen.

Zu diesem grossartigen Erfolg haben mehrere Faktoren beigetragen: Wir hatten sehr gute und breit verankerte Listen. Unsere KandidatInnen waren hoch motiviert und haben sich zusammen mit unseren GenossInnen unermüdlich im Wahlkampf engagiert. Wir konnten Themen zum richtigen Zeitpunkt setzen, wie mit der Lancierung der beiden Initiativen Krankenkassenprämien und Wohnen für alle. Die kreative und frische Wahlleitung hatte den Mut, neue Ideen und andere Formen des Wahlkampfes umzusetzen.



Und – was sicher die Basis unseres Erfolges ist: Wir haben uns nach den Nationalratswahlen nicht beirren lassen, weiterhin an unseren Erfolg geglaubt und einen sehr guten engagierten Wahlkampf auf der Strasse geführt. Was mich als Präsident besonders freut: Wir haben eine sehr agile und motivierte JUSO, die damit belohnt wurde, dass sie als einzige Jungpartei bei diesen Wahlen einen Sitz im Grossen Rat errang. Das ist ein grosser Gewinn für die SP und eine gute Ausgangslage, neue und junge Kräfte für die Politik der SP zu gewinnen. Dieser Erfolg birgt viel Potenzial für die Zukunft.

Nun gilt es diesen Erfolg und den Schwung in der zukünftigen Arbeit im Grossen Rat und in der Regierung umzusetzen. Es wird Einsatz und Geschick brauchen, um Mehrheiten erreichen zu können. Ebenso wichtig ist für mich,

dass wir mit unserer Wahlkampfbotschaft «Wohne, Schaffe, Läbe – für alle statt für wenige» weiterfahren und zeigen, wo wir die Lösungen der Herausforderungen sehen.

Ich gratuliere allen Gewählten und danke allen, die sich mit so viel Energie, Lust und Freude im Wahlkampf engagiert haben. Persönlich freut es mich ausserordentlich, dass wir als SP in der Lage sind, zusammenzustehen, zusammen zu kämpfen und uns nicht von den medialen Angriffen beirren lassen. Ich danke euch allen für den Rückhalt, den ich von euch erfahren habe.

Martin Lüchinger
Präsident SP Basel-Stadt



Wer kämpft, kann gewinnen!

Wer hätte das nach den Nationalratswahlen gedacht: Mit einem Gewinn von 2.5 Prozent erreichen wir 30.7 Prozent. Unglaublich. Wir dürfen alle sehr stolz sein auf dieses Ergebnis. Die Partei als Ganzes hat Charakter gezeigt und gekämpft. Und dieser Einsatz hat sich gelohnt. Unser Erfolg hat viele Mütter und Väter. Ich möchte mich im Namen der Wahlleitung bei allen ganz herzlich dafür bedanken.

Wir haben zugelegt, weil wir aktiv waren. Die Quartiervereine haben über 100 Aktionen organisiert, von der klassischen Standaktion über die Beizentour bis hin zum Parteibüchsenwerfen oder SP-Yoga. Sie haben dabei eine beeindruckende Dynamik an den Tag gelegt und unsere Anliegen in die Haushalte gebracht. Wir haben es geschafft, Thema zu sein. Die Präsenz in den Medien war sehr erfreulich. Vor allem haben

wir zugelegt, weil alle am gleichen Strick gezogen haben. Jede und jeder in seinem Umfeld: die Migrantinnen, die Gewerkschafter, die Kulturleute usw. Und natürlich hatten wir hervorragende KandidatInnen. Junge und ältere. Neue und bisherige.

Wir haben es geschafft, in einem nicht ganz einfachen Umfeld ein sehr gutes Ergebnis zu erreichen. Dies soll uns ermutigen, weiterzumachen und die Dyna-

mik aufrechtzuerhalten. Die Menschen in Basel vertrauen uns und erwarten einiges. Jetzt gilt es nicht nachzulassen und den Schwung in die nächste Legislaturperiode mitzunehmen.



Pascal Pfister
Wahlkampfleiter
und Vizepräsident
SP Basel-Stadt

KOMMENTAR

Wir fordern die Auflösung der Nagra

Die jüngst von der Sonntagspresse veröffentlichten vertraulichen Papiere der



Nagra zeigen eines deutlich: Das heutige Verfahren zur Standortsuche für ein Atommülllager ist eine Farce. Wir, das Schweizer Volk, der Bundesrat und das Bundesamt für Energie, werden allesamt von der Nagra und deren Trägerschaft, der Energielobby, über den Tisch gezogen. Geht es nach der Nagra, werden schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Zukunft im Bözberg gelagert.

Nun gilt es, das Schwierigste in einem Kanton der Regionen zu erreichen: Solidarität mit dem Widerstand am Bözberg. Denn es betrifft auch die Menschen in Muri, in Zofingen, in Reinach und in Seengen, wenn im Aargau ein Atommülllager gebaut wird. Auf den bürgerlich dominierten Regierungsrat können wir nicht zählen. Er arbeitet unter der Federführung von Baudirektor Beyeler «konstruktiv» mit der Nagra zusammen.

Wir fordern die Auflösung der Nagra. Danach lanciert der Schweizerische Nationalfonds für die Aufgabe der Standortsuche einen neuen Forschungsschwerpunkt zur Energieforschung und Atommülllagerung. Nach Abschluss der Forschungsarbeiten erarbeitet eine unabhängige und demokratisch legitimierte Kommission Lösungsvorschläge zu Händen des Bundesrats und des Parlaments (mit Volksabstimmung bei Referendum). Es geht hier nicht um eine St. Florians-Politik, sondern darum, ein faires, transparentes und wissenschaftlich fundiertes Verfahren für die Suche nach einem geeigneten Standort aufzubauen.

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau und Präsidentin von KAAZ! (Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen).

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau und Präsidentin KAIB (Kein Atommüll im Bözberg).

Astrid Andermatt von Lengnau ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin LoTi (nördlich Lägern ohne Tiefenlager).

ATOMMÜLLTIEFENLAGER

Nagra hat Vertrauen

Der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi ist im August 2012 aus dem «Beirat Endlager» des Uvek* ausgetreten, weil seine Kritik am Vorgehen der Nagra folgenlos blieb, ja, von der Departementschefin gerügt wurde. Wildis Hauptvorwurf: Der Nagra sind Machbarkeit und Akzeptanz der Oberflächenstandorte wichtiger als die Sicherheit. links.ag hat Walter Wildi in Aarau getroffen, wo er bei KAAZ zum «Sachplan nukleare Entsorgung» sprach, und befragte den erfahrenen Geologen zur Sicherheit von Endlagern und zum Vorgehen der Nagra.**

links.ag: Walter Wildi, warum werden Sie auch «Vater des Schweizer Endlagerkonzepts» genannt?

Walter Wildi: Ich präsierte in den Jahren 2000 bis 2002 die «Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle» (EKRA) des Bundesrates. Diese Gruppe schlug das heute gesetzlich fixierte Konzept für die geologische Tiefenlagerung vor, in welchem die Lager überwacht werden und aus denen Abfälle bei Bedarf wieder rückgeholt werden können.

Sind Endlager für hochaktiven und für schwach und mittelaktiven Atommüll in der Schweiz nicht eine Mission Impossible? Ihre Analyse im Referat legt das nahe, und Sie nennen die Aufgabe «pharaonisch».

Unsere Gesellschaft hat keine andere Wahl: Sie muss für die radioaktiven Abfälle aus der Stromproduktion aus den Jahren von 1969 (Eröffnung des KKW Beznau 1) bis zur Demontage des letzten Werkes nach 2030 eine möglichst sichere Lösung zur Verwahrung der Abfälle planen und umsetzen. Ansonsten lassen wir die ganze Belastung den kommenden Generationen. Heute gibt es auch keine sogenannte «internationalen» Lösungen. Niemand will unsere Abfälle übernehmen; wir müssen folglich die bestmögliche Lösung im eigenen Land suchen.

Sie sprechen von «möglichst sicheren» Endlagern. Ist das wissenschaftliche Redlichkeit oder Kapitulation vor der Unmöglichkeit der Aufgabenerfüllung?

Wissenschaftliche Redlichkeit schliesst die Möglichkeit künftiger Fortschritte, aber auch die Möglichkeit ein, dass sich die Wissenschaft täuschen kann. Es ist deshalb wichtig, dass ein Projekt mit grossen möglichen Folgen für Menschen und Umwelt die Anpassung an neue Erkenntnisse vorsieht. Die im Kernenergiegesetz geforderte «dauernde sichere Entsorgung» ist diesbezüglich eine grosse Heraus-

forderung, nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Redlichkeit und Bescheidenheit der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Stimmt es, dass BFE und Nagra keine Sicherheitsdiskussion in den Regionalkonferenzen wünschen?

Es ist richtig, dass die Sicherheitsfragen im Verfahren für Spezialisten reserviert waren. Dies ist aber ein Fehler: Soll die zivile Gesell-

Ich würde vorschlagen, dass die Aufgabe einer anerkannten Bundesanstalt wie dem Paul Scherrer Institut (PSI) übertragen wird.

schaft, also Einwohnerinnen und Einwohner, Gemeinden und andere Betroffene, Vertrauen in die vorgeschlagenen Lösungen haben, so müssen alle Partner im ganzen Prozess der Standortwahl für geologische Tiefenwahl mit einbezogen sein.

Was kritisieren Sie am Vorgehen der Nagra?

Die Nagra klammert sich noch immer an alte Schemata und will ihre Tätigkeit nicht ausschliesslich nach Sicherheitskriterien ausrichten. Dies führt dazu, dass sie Oberflächenanla-

NAGRA

Die AKWs und damit die Nagra gehören über die Beteiligung der Kantone und Gemeinden der Bevölkerung. Die Genossenschaftler der Nagra sind: Schweizerische Eidgenossenschaft (vertreten durch das Departement des Innern), BKW FMB Energie AG, Bern (Kernkraftwerk Mühleberg), Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, Däniken, Kernkraftwerk Leibstadt AG, Leibstadt, Axpo AG, Baden (Kernkraftwerke Beznau I und II), Alpiq Suisse SA, Lausanne, Zwiilag Zwischenlager Würenlingen AG, Würenlingen. (siehe www.nagra.ch)

verspielt

Johannes Rüesch



Walter Wildi im Aarauer Naturama

gen in Gebieten mit Grundwasservorkommen vorschlägt, dass sie auch keine Sicherheitsabstände zu Siedlungsgebieten vorsieht und dass sie die Verbindung zwischen Oberflächenanlagen und Tiefenlagern durch Tunneln statt durch die viel kürzeren, sichereren und einfacher zu unterhaltenden vertikalen Minenschächte bewerkstelligen will. Ihr kürzlich publizierter Bericht zur Explorationsstrategie zeigt auch, dass sie mit einer vorgefassten Meinung an der Standortwahl arbeitet. Sie könnte also Standorte mit guten Eigenschaften im Interesse ihrer eigenen vorgefassten Meinung zurückstellen.

Es stellen sich auch demokratiepolitische Fragen. Warum ist der Standortbericht der Nagra vom November 2011 erst am vergange-

nen 7. Oktober enthüllt worden? Wer konnte am Vertuschen interessiert sein?

Es brauchte offensichtlich etwas Zeit, bis die Kenner des Berichtes die Indiskretion wagten. In der Schweiz sind bekanntlich Whistleblower gesetzlich nicht geschützt und riskieren in jedem Falle eine gerichtliche Verfolgung.

Überraschte Sie die Fokussierung auf zwei Tiefenlager im Nagra-Papier?

Das Nagra-Papier reproduziert eine alte Forderung dieser Organisation. Dies entspricht vermutlich einer internen Leitlinie, welche bewusst oder unbewusst unterhalten und aufrecht erhalten wird. Finanziell bringt diese Politik nichts, aber so weit hat sich die Geschäftsleitung der Nagra offenbar noch nicht überlegt.

Kommt es der Nagra gelegen, dass das vertrauliche Papier gerade jetzt an die Öffentlichkeit gelangt? In den letzten Monaten hat die Unzufriedenheit in den Regionalkonferenzen zugenommen, die Widerstandsorganisationen koordinieren sich. Mit der Veröffentlichung des Papiers könnte nun der Widerstand geteilt und so geschwächt werden.

Das Papier ist eine Katastrophe: Schon in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts scherte die Nagra bei der Standortwahl aus dem fixierten Prozess aus und schlug den Standort Wellenberg vor. Das Resultat kennen wir heute: Ablehnung durch das Volk in einer Urnenabstimmung. Offenbar wiederholt sich das Szenario heute.

Genügt es, die Nagra-Führung auszuwechseln? Muss man die ganze Atommüllproblematik nicht ganz neu und intelligenter angehen?

Das Kernenergiegesetz gibt die Möglichkeit, dass der Bund den Abfall selbst, aber auf Kosten der Produzenten beseitigt. Ich würde vorschlagen, dass die Aufgabe einer anerkannten Bundesanstalt wie dem Paul Scherrer Institut (PSI) übertragen wird.

Woraus schliessen Sie, dass die AKW-Energiegewinnung am Ende ist?

In den westlichen Industriestaaten ist die Industrie nicht mehr in der Lage, die auslaufenden Werke zu ersetzen. Es gibt auch das entsprechende Wissen und die für eine Aufrechterhaltung der Kernenergieindustrie notwendigen Wissenschaftler und Ingenieure nicht mehr. Es würde sich wohl auch niemand mehr finden, um Industrieanlagen zu finanzieren, die erst in 15 und mehr Jahren einen Umsatz und erst viel später einen Gewinn produzieren. Man spricht heute viel vom Preis des Ausstiegs aus der Kernenergie. Aber das Verbleiben in der Kernenergie wäre noch viel kostspieliger.

*Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

** KAAZ! (Kein Atommüll im Ballungsgebiet Aarau-Zofingen). Die in Aarau vorgestellte Studie kann auf www.ka-az.ch heruntergeladen werden.

Walter Wildi, geboren 1948 und aufgewachsen in Brittnau, ist seit 1986 Geologieprofessor an der Universität Genf. Er war von 1997 bis 2007 Mitglied der Eidgenössischen Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) und präsierte diese von 2002 bis 2007. Die KSA wurde 2008 durch die schlechter dotierte Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) ersetzt. Walter Wildi war von 2009 bis Sommer 2012 Mitglied des Beirats Entsorgung des Bundes. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.



SPITZE FEDER

Mit der Wende zu Wohnungen

Nach 20 Jahren erdrückender bürgerlicher Übermacht präsentiert sich die Lage auf dem Berner Wohnungsmarkt fatal. Seit Jahren



liegt die Leerwohnungsziffer unter 0,5 Prozent. Das bedeutet: Wohnungsnot. Gleichzeitig werden bestehende Wohnun-

gen laufend teurer. Unter dem schonungslosen Marktdiktat wird es für immer mehr Familien zur fernen Utopie, in Bern zu einem vernünftigen Preis eine Wohnung zu finden.

Nun haben die marginalisierten Parteien von Mitte-links eine Initiative eingereicht, die zu mehr bezahlbaren Wohnungen führen soll. «Wohnen für alle», lautet die Forderung. Konkret soll die Bauordnung so geändert werden, dass künftig bei neuen Überbauungen mindestens ein Drittel der Wohnungen preisgünstig oder gemeinnützig sein muss. Angesichts des radikalen Anliegens ist es nicht selbstverständlich, dass die nötigen Unterschriften bereits zusammengekommen sind. «Wohnqualität ist mein Programm», sagte Oppositionsführer Alex T. kürzlich auf einem Podium. In den linken Städten Biel und Zürich liege der Anteil gemeinnütziger Wohnungen bei 18 Prozent, doppelt so hoch wie in Bern, kritisiert RGM die bürgerliche Mehrheit. Vor den Wahlen ist klar: Wer will, dass auf dem Berner Wohnungsmarkt endlich etwas geschieht, muss auf die rot-grüne Wende hoffen. Zwanzig Jahre Rückstand sind genug.

Christoph Hämman ist Journalist und lebt in Bern

pixelio.de



Sparen ohne Abbau geht genauso gut wie Hobeln ohne Späne...

Wo gespart wird, fallen Späne

Der Grosse Rat beschäftigt sich dieser Tage mit dem Budget. Die Debatte ist geprägt vom Spardruck, welchem sich die bürgerliche Mehrheit aber zu entziehen versucht. Dennis Rau

Spätestens seit dem Ja des Berner Stimmvolkes zur Senkung der Motorfahrzeugsteuer ist klar: Das Budget der Regierung muss weiter gekürzt werden, um rund 100 Mio. Franken. Die Thematik ist keineswegs neu, das Vorgehen scheint aber revolutionär: Schaut man sich die bürgerlichen Vorstösse von 2011 bis heute an, so scheinen diese das Defizit bekämpfen zu wollen, indem noch mehr Geld ausgegeben wird. Also keine Mittelkürzungen für den Strassenbau, keine Spitalschliessungen, keine Senkung von Subventionen jeglicher Art. Dafür soll der Kanton das Portemonnaie zücken, wenn Biber Bäume annagen.

Das Tüpfelchen auf dem i stellt aber der Wunsch der Mitte-Rechts-Parteien dar, alles einem Evaluationsprozess und Zusatzberichten zu unterziehen: Von A wie Autobahnzubringer bis U wie Uferbauten. Das Resultat wird dann von denselben Kreisen als «aufgeblähte Bürokratie» bezeichnet.

Sparen ist denn auch nur die eine Seite der Medaille: Ein schiefes Budget kann auch mit Mehreinnahmen korrigiert werden. Nur

scheinen das bürgerliche PolitikerInnen nicht verstehen zu wollen. Etwa wird in einer Motion gefordert, die Polizei solle sich wieder der «Verbrecherjagd» widmen und aufhören, Bussen zu verteilen. Die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen ist zweifelsfrei Kernaufgabe der Polizei. Doch auch Bussen gibt es nur bei Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz. Man kann davon halten, was man will, doch eines ist sicher: Die Busseneinnahmen werden nicht in ein Feuer geworfen, sondern fliessen in die Kantonskasse und tragen so auch wieder zur Finanzierung der Polizeiarbeit bei.

Das Selbstverständnis der SP ist aber nicht das des Opfers, sondern das einer gestaltenden Kraft. Daher hat sie im August eigene Sparpläne aufgezeigt. So fordert sie Einsparungen beim Strassenbau und den Abbau von Überkapazitäten in den Spitälern. Zudem sollen Doppelspurigkeiten in der Verwaltung, z. B. in der Informatik und im Datenschutz, abgebaut werden und auf unnötige Evaluationen verzichtet werden.

Auch auf der Einnahmenseite macht die SP klare Vorschläge: So

ist davon auszugehen, dass mit einer Verstärkung der Steuerinspektion ein Grossteil der jetzt fehlenden 100 Mio. Franken wieder in die Staatskasse geholt werden könnte – ohne die Steuern zu erhöhen, sondern schlicht durch konsequentes Eintreiben der geschuldeten Steuern. Ebenfalls soll die Berner Steuerbehörde die gleichen Rechte wie ihr US-amerikanisches Pendant erhalten, um damit der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken.

Folge des Sparzwangs ist auch ein Fahrplan-Abbau, beispielsweise zwischen Spiez und Frutigen. Es sollte jetzt niemanden überraschen, wenn genau diejenigen Personen diesen Leistungsabbau am schärfsten verurteilen, die der Kantonsregierung immer weniger Mittel zugestehen wollen. Denn eines scheinen die Bürgerlichen ihrer Wählerschaft zu verschweigen: Man kann im Kanton nicht sparen, ohne dass dieser Leistungen abbaut, auch solche, die schmerzen. Und zwar alle.



Mit diesem Artikel verabschiedet sich **Dennis Rau** als Praktikant bei der SP Kanton Bern

Was bewegt euch?

Die SP Frauen hat in den letzten hundert Jahren den Feminismus salonfähig gemacht und gleichstellungspolitisch einiges in Bewegung gesetzt. Jetzt will die Organisation wissen, was ihre Mitglieder bewegt – und startet eine Umfrage.

Die SP Frauen hat rund 12 000 Mitglieder: junge Mami, Hausfrauen, erfahrene Unternehmerinnen, gestandene Politikerinnen, aufgeweckte Studentinnen und Frauen, die noch für das Frauenstimmrecht kämpfen mussten. Die SP Frauen vereint ein grosses Spektrum verschiedener weiblicher Lebensentwürfe in einer Organisation – und damit viele verschiedene Meinungen, Positionen und Forderungen. Damit ist aber auch klar: *den* Feminismus gibt es nicht und *die* SP-Frau schon gar nicht. In Zukunft soll diese Diversität besser wahrgenommen, die Mitbestimmungsrechte gestärkt werden. Die SP Frauen lanciert deshalb eine gross angelegte und umfassende Mitgliederbefragung.

Weichenstellung für die Zukunft

Die Umfrage richtet sich an alle SP-Frauen und klärt wichtige Fragen für die künftige Positionierung der Organisation. Der Feminismus ist in den letzten Jahren etwas aus der Mode geraten – feministische Forderungen sind aber dringlicher denn je. Frauen leisten immer noch den Grossteil unbezahlter Arbeit, verdienen weniger als ihre Mitarbeiter und sind nicht nur in Verwaltungsräten untervertreten. Gewalt an Frauen darf nicht weiter ignoriert werden. Sexistische Stereotype gelten in der Werbung immer noch als witzig und solange wir immer noch (bzw. wieder) dafür kämpfen müssen, dass Abtreibung staatlich finanziert wird, kann von sexueller Selbstbestimmung keine Rede sein. Es gibt also viel zu tun und wir, Yvonne Feri (Co-Präsidentin), Barbara Berger (Zentralsekretärin) und ich, sind uns sicher, dass sich in den kommenden Jahren einiges bewegen wird, das auch wir bewegen wollen.

Die SP kommt ins Rollen ...

Etwas bewegt hat sich aber auch innerhalb der SP Schweiz: In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Männer an die Seite der Frauen gestellt, um für die Gleichstellung der Geschlechter und feministische Forderungen zu

kämpfen. Aus dem angeblichen «Kampf der Geschlechter» ist so schon vor Jahren ein gemeinsamer Kampf gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit, aus Feminismus schon lange Gleichstellungspolitik geworden. Dieser Veränderung trägt auch die SP Schweiz Rechnung: An der DV vom Juni in Basel wurde die Einführung eines Gleichstellungsrates beschlossen, dem Frauen und Männer angehören können und der künftig als Kontrollorgan für gleichstellungspolitische Forderungen innerhalb der SP Schweiz fungieren soll. Die SP Frauen ist Teil dieses Rates. Sie bleibt aber eine Organisation nur für Frauen und das ist auch dringend nötig. Die SP Frauen ist ein wichtiges und nicht zu unterschätzendes Gremium, das den Frauen innerhalb der Partei zugesteht, was Virginia Woolf bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts forderte: ein Zimmer für sich allein.

... mit der Hilfe der SP Frauen

Diese Veränderungen innerhalb der SP Schweiz schaffen auch für die SP Frauen die Möglichkeit, sich neu zu positionieren. Wenn der Gleichstellungsrat künftig die Verantwortung für die umfassende Gleichstellungspolitik (dazu gehören auch Themen, die beide Geschlechter betreffen) innerhalb der Partei trägt, bleibt der SP Frauen künftig mehr Zeit für feministische und frauenpolitische Anliegen, die Mobilisierung der Basis und die internationale Vernetzung. Um unsere Kräfte bündeln zu können, braucht es die Mitgliederumfrage: Wir wollen wissen, was die SP-Frauen bewegt, damit wir in den kommenden Jahren gemeinsam etwas bewegen können.

Christina Klausener
ist Projektleiterin
Kampagnen & Kommunikation
bei der SP Frauen



KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und neue
Co-Präsidentin der SP Frauen
Schweiz



Braucht es die SP Frauen noch?

An die Übernahme des Co-Präsidiums der SP Frauen habe nicht nur ich viele Hoffnungen und Erwartungen an mich selber geknüpft. Nein, auch viele Mitglieder, wie auch jüngere Frauen und Männer, haben direkt oder indirekt signalisiert, dass sie neue Ideen und eine neue Ausrichtung erwarten. Diese Signale nehme ich ernst. Zurzeit bin ich alleine im Co-Präsidium und vertrete rund 12 000 SP-Frauen, Frauen mit eigenen Ansichten und Ansprüchen. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen haben mich dazu veranlasst, eine Umfrage bei den SP-Frauen zu lancieren.

Was will ich damit erreichen? Einerseits ist es mir wichtig, dass sich die Basismitglieder zu Wort melden können und dadurch die Mitbestimmung gestärkt wird. Andererseits möchte ich wissen, ob meine Ideen und die der Frauensekretärin bezüglich der strategischen Ausrichtung auch den Vorstellungen der Vielzahl der Frauen entsprechen. Die Umfrage spricht nicht nur die thematische Ausrichtung an, sondern wirft auch strukturelle und ganz grundsätzliche Fragen auf. Wir werden an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz im Dezember darüber befinden, wie es mit dem Gleichstellungsrat und der SP Frauen weitergehen soll und wie die Gelder innerhalb der Partei aufgeteilt werden. Bis dahin werden zwar noch nicht alle Resultate der Umfrage vorliegen, doch hoffe ich, eine Tendenz aus den Antworten herauslesen zu können.

«Braucht es denn die SP Frauen noch?» – fragen viele Kritiker und Kritikerinnen. Klar, davon bin ich zu 100 Prozent überzeugt! Solange Diskussionen entstehen, ob in einem Gremium eine Frauenmehrheit verkraftbar ist, solange in der Sprache die Frauen nur mitgemeint sind, solange die Medizin hauptsächlich an Männern getestet wird, solange die Lohngleichheit nicht erreicht ist, solange Frauen im Leben nicht die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen wie die Männer – ja, so lange braucht es die SP Frauen!

Bitte beteiligt euch an der Umfrage – Details, wie ihr dazu kommt, findet ihr im nebenstehenden Text. Vielen Dank für den Einsatz einiger wertvoller Minuten.

AN DER UMFRAGE TEILNEHMEN

«Nur wer sich bewegt, kann etwas bewegen», sagt man. Für alle Mitglieder der SP Frauen heisst das: Computer anschalten, Umfragebogen ausfüllen und Teil der Bewegung der SP Frauen der nächsten Jahre werden. Das Ausfüllen dauert etwa 20 Minuten. Die Ergebnisse werden anonymisiert. Die Resultate werden An-

fang 2013 präsentiert. Wir bitten euch, den Umfragebogen so schnell wie möglich auszufüllen und an Interessierte weiterzuleiten. Wer keinen Internet-Zugang hat, aber dennoch teilnehmen möchte, wende sich an Christina Klausener (Telefon 031 329 69 94)

→ www.sp-frauen.ch/umfrage

Der Blick fürs Ganze auch im v

Die Schweiz ist ein Land von Agglomerationen. Diese stetig wachsenden Siedlungsgebiete verlangen nach einer sektor- und staatsebenenübergreifenden Politik. Für die SP Schweiz stellen sich nicht nur agglomerationspezifische Herausforderungen, auch die Veränderung der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen setzt nicht zuletzt in der Agglo an.

Agglomerationen werden im Volksmund mit wenig attraktiven und zersiedelten Vorstadtgemeinden gleichgesetzt. Aus der Agglo zu sein ist gemeinhin nicht etwas, womit man sich brüstet. Es sei denn, man stilisiert die eigene Provinzialität bewusst zur Tugend. Und es ist auch keine Seltenheit, dass trendige Städterinnen und Städter weniger trendige Bewohnerinnen und Bewohner von jenseits der Stadtgrenze leicht herablassend als «Agglos» brandmarken.

Allerdings unterläuft den städtischen ebenso wie den vorstädtischen Snobs in ihrer Abgrenzung gegenüber den jeweils anderen ein Fehler, der auch politisch relevant ist: Agglomerationen sind zusammenhängende funktionale Siedlungs- und Lebensräume, die Kernstädte (Zürich oder Bern) mitsamt suburbanen (Schlieren oder Zollikofen) und periurbanen (Rümlang oder Münsingen) Zonen umfassen. Es gibt – gemeinde- und teilweise auch kantonsübergreifend – gemeinsame Interessen, Abhängigkeiten und Herausforderungen, denen man auch nur gemeinsam begegnen kann. Das fehlende Bewusstsein dieser «Zweckgemeinschaft» ist ein erstes hohes Hindernis für eine erfolgreiche Agglomerationspolitik. Ein weiteres damit verbundenes Problem ist der Mangel an zeitgemässen Strukturen, die Agglomerationen einerseits die demokratische Selbststeuerung, andererseits die effektive Repräsentation agglomerationspezifischer Interessen im Bundesstaat ermöglichen. Diesbezüglich zur Diskussion stehen eine zusätzliche Staatsebene, Gebietsreformen und die bessere Vertretung des urbanen Raums in der eidgenössischen Legislative. Es geht also um institutionelle Fragen.

Mehr als nur Siedlung und Verkehr

Agglomerationspolitik ist aus diversen Gründen wichtig. Zunächst einmal einfach darum, weil drei Viertel der Schweizer Bevölkerung in Agglomerationsräumen leben und ihnen aus raumplanerischer Sicht ebenso wie mit Blick auf die gesellschaftliche Kohäsion eine grosse Bedeutung zukommt. Die Agglo, das sind wir (fast) alle. Trotzdem stellen Agglomerationen eine von der Politik lange Zeit vernachlässigte

Grösse dar. Der Bund beschäftigt sich erst seit 2001 und dem Erscheinen des Berichts «Agglomerationspolitik des Bundes» gezielt mit der Thematik.

Vorausgegangen war diesem Engagement das Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung, in der im Städteartikel (Art. 50 Abs. 3 BV) festgehalten ist, dass der Bund auf die besondere Situation der Städte und Agglomerationen (sowie der Berggebiete!) Rücksicht nimmt. Bislang konzentrierte sich die Agglomerationspolitik des Bundes über die sogenannten Agglomerationsprogramme auf die Bereiche Siedlung und Verkehr. Aufgrund des ausgewiesenen und mit den bisher gesprochenen Geldern bei weitem nicht befriedigten Investitionsbedarfs in diesen Bereichen braucht es zusätzliche Mittel, wenn die Finanzierungssicherheit für den Agglomerationsverkehr gewährleistet werden soll.

Linke Agglomerationspolitik

Eine progressive und erfolgreiche Agglomerationspolitik beschränkt sich aber nicht auf nachhaltige Siedlungs- und Mobilitätskonzepte. Die SP sollte sich an vorderster Front

Drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer leben in Agglomerationsräumen.

für eine breitere Ausrichtung der Agglomerationspolitik einsetzen, die auf die Schaffung und Stärkung von öffentlichen (Frei-)Räumen und Infrastrukturen, soziale Durchmischung (unter anderem Wohnraum-, Sozial- und Integrationspolitik) sowie eine nachhaltige Steuerung der Mobilität und des Energieverbrauchs abzielt. Ebenso gehören Steuerpolitik (es braucht eine linke Standortpolitik) oder Finanzausgleich (Stichwort Zentrumslasten) ins agglomerationspolitische Repertoire der SP Schweiz. In der Agglomeration geht es also um Kernbereiche sozialdemokratischer Politik. Und natürlich sind auch in den Agglomerationen die notwendigen, eher längerfristig ausgerichteten strukturellen Reformen des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells voranzutreiben. Gefragt ist die gezielte und konsequente Förderung kollektiver

und gemeinwohlorientierter Eigentumsverhältnisse, lokal-regionaler Wirtschaftskreisläufe und dezentraler Energieversorgung. Die Agglomerationspolitik der SP ist eine politikfeldübergreifende Politik, die den Blick fürs Ganze auch im vermeintlich Kleinen nicht verliert. Für die Partei heisst das ebenfalls, ihren Bewegungskarakter zu stärken: auf Impulse aus der Zivilgesellschaft reagieren, entsprechende Initiativen wie Urban Gardening oder Formen der Nachbarschaftshilfe gegen neoliberale Instrumentalisierungsversuche (Selbsthilfe statt Staat) verteidigen, sie gemein-

Schweizer Luftwaffe



ermeintlich Kleinen

sam weiterentwickeln und ihnen schliesslich zum Durchbruch verhelfen.

Urban macht links

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist heute eine der wichtigsten politischen Konfliktlinien. Kernstädte sind linke Hochburgen, in den zur Agglomeration zählenden Umlandgemeinden dominieren aber bürgerliche Parteien – und die Aussichten auf einen baldigen Linksrutsch sind eher schlecht. In nicht zuletzt auch raumplanerisch vernachlässigten Vorstädten, in denen sich Globalisierungsverlierer durch Migrantinnen bedroht fühlen, hat es die SP ebenso schwer wie in den zersiedelten Einfamilienhausgemeinden weiter ausserhalb der Kernstadt, in denen der Staat vor allem als etwas Abzuwehrendes gilt. Als wesentliche Erklärungsfaktoren dafür lassen sich die sozi-

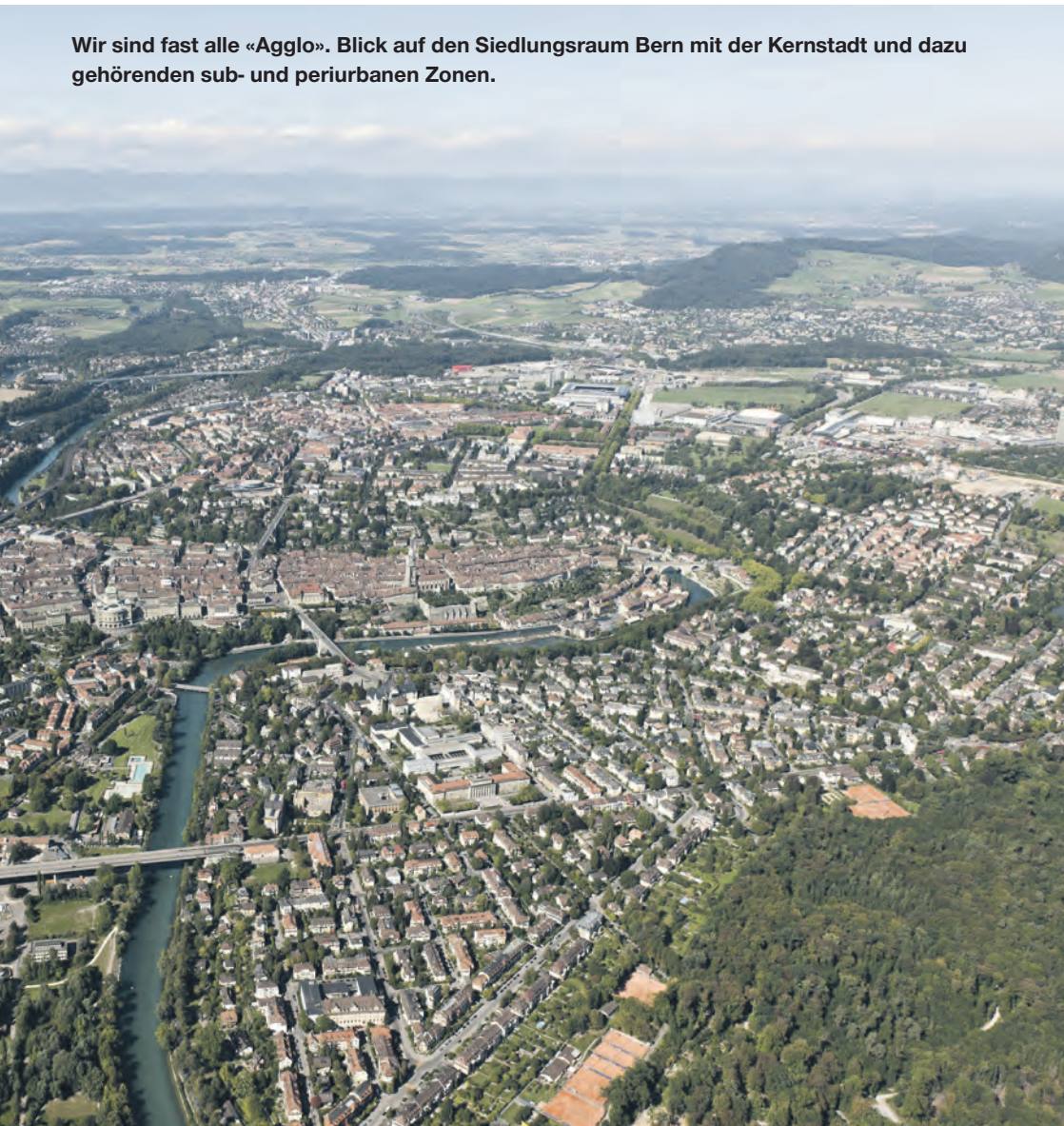
ale Nähe sowie die Nutzung öffentlicher Infrastrukturen und Dienste hervorheben, die mit dem Urbanisierungsgrad positiv korrelieren. Zugespitzt: Urban macht links. Eine progressive Agglomerationspolitik, wie sie oben in ihren Grundzügen skizziert wurde, bringt diese verstärkte Urbanisierung – quasi als Nebenprodukt – mit sich. Es ist also auch im ureigensten Interesse der Parteiorganisation, die Agglomerationspolitik ernst zu nehmen und sie konsequent gemäss den Grundwerten sozialdemokratischer Politik zu betreiben.

Pascal Zwicky

ist Projektleiter Themenmanagement bei der SP Schweiz



Wir sind fast alle «Agglo». Blick auf den Siedlungsraum Bern mit der Kernstadt und dazu gehörenden sub- und periurbanen Zonen.



Skepsis gegenüber Olympia

Die SP Schweiz hat Vorbehalte hinsichtlich einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2022. Selbstverständlich ist sich die SP des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Werts und des Nutzens des Sports sehr bewusst. Drei Punkte sind jedoch bei der Beurteilung des Geschäfts für die SP von zentraler Wichtigkeit: Der Verpflichtungskredit von einer Milliarde Franken ist angesichts zahlreicher Sparvorhaben in wichtigen Bereichen wie etwa der Bildung äusserst problematisch. Weiter führen Grossveranstaltungen in den Alpen zu einer hohen Belastung für die Umwelt. Und schliesslich steht für die SP Schweiz fest, dass der Entscheid, ob eine Kandidatur weiterverfolgt werden soll, bei der Bevölkerung des Kantons Graubünden und insbesondere bei den direkt betroffenen Gemeinden liegt. Im Falle einer Zustimmung würde die SP klare Vorgaben formulieren.

Flankierende Massnahmen

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats will den Arbeitnehmerschutz verbessern: Die Kommission fordert eine deutliche Stärkung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, welche im Interesse aller Arbeitnehmenden und nicht bloss einiger Grossunternehmer sind. So soll eine Solidarhaftung eingeführt werden, damit Firmen, welche Aufträge an Drittunternehmen weitergeben, bei Lohndumping haftbar gemacht werden können. Die Einführung dieser Solidarhaftung im Baugewerbe ist im Sinne der Angestellten und sorgt für gleich lange Spiesse für mittelständische und kleine Unternehmen, welche im Vergleich zu den Grossfirmen bislang benachteiligt wurden.

Pauschalsteuer-Initiative

Der Kampf für Steuergerechtigkeit geht weiter: Mit 103 000 beglaubigten Unterschriften ist am 19. Oktober bei der Bundeskanzlei in Bern die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» eingereicht worden. Das Volksbegehren, welches von der SP mitgetragen wurde, fordert die schweizweite Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Ein zentrales Anliegen der SP, die sich seit jeher an vorderster Front für die Steuergerechtigkeit engagiert.

Öffentliche Krankenkasse

Zur Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» soll nach dem Willen des Bundesrats ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden. Damit anerkennt die Landesregierung zwar einen dringenden Handlungsbedarf bei der Krankenversicherung, enttäuscht aber mit einem halbherzigen Entscheid. Der Trägerverein «für eine öffentliche Krankenkasse» will an der Initiative festhalten, weil diese die bestehenden Probleme besser und grundsätzlich löst und darum das wirksamere Mittel gegen die Prämienspirale darstellt.

Berufseinstieg unter der Armutsg

Das Potenzial von Praktika, Berufserfahrung zu vermitteln, ist unbestritten. Doch immer häufiger werden sie dazu benutzt, gut Ausgebildete ohne Aussicht auf Verlängerung oder Festanstellung für wenig Geld einzustellen.

Im Jahr 2009 habe ich mein Lizentiat in Geisteswissenschaften erlangt. Während meines Studiums hatte ich vier Praktika absolviert. Ich wusste um die Schwierigkeit, eine Stelle zu finden. Ich wollte gut vorbereitet sein. Nach dem Studium fand ich eine befristete Teilzeitstelle an einem Forschungsinstitut für Schweizer Kunst. Daneben konnte ich meine Dissertation vorantreiben.

Nach zweieinhalb Jahren lief mein Vertrag aus. Ich bewarb mich auf Museumsstellen. Nach ein paar erfolglosen Versuchen erhielt ich eine Stelle als Volontär in einem bedeutenden Museum. Ein Volontariat ist ein Praktikum für Absolventinnen und Absolventen, um in einer Berufsgattung oder einer Institution Fuss zu fassen. Man kennt es im Kulturbereich, im Journalismus und in verschiedenen anderen Berufsgattungen. Manchmal nennt man solche Stellen auch Postgraduiertenstellen. Sie bedeuten in erster Linie schlechte Entlohnung.

Vom Ersparten leben

Der Kanton, dem das Museum gehört, zahlt mir einen Ausbildungslohn von 2300 Franken. Dabei hatte ich noch Glück. Nicht zuletzt auf Druck der SP wurde dieser Lohn auf das Jahr 2012 angepasst. Im Vorstellungsgespräch hatte man mir noch 1600 Franken angekündigt. Ich beanstandete diesen Lohn. Man beschied mir, ich sei mit meinen dreissig Jahren noch jung, weder verheiratet noch Vater und überhaupt sei dies eine Ausbildungsstelle. Ich müsse halt von meinem Ersparten leben; und danach sei ich vorbereitet für eine richtige Stelle in der Museumswelt. Hätte ich Nein sagen können? Mit der Absicht, am Museum einzusteigen, hatte ich keine andere Möglichkeit als zuzusagen. Auf meine auf zwei Jahre befristete Stelle ohne jegliche Garantie auf Festanstellung hatten sich 68 Leute beworben. Auf die gleiche Stelle meines Bürokollegen gar über 120.

Praktika und Volontariate bergen soziale Ungerechtigkeit in sich. Heutzutage schreibt sich unser Land Bildung als wichtigste Ressource auf die Fahne. Richtigerweise können heute ungleich mehr Menschen unterschiedlichster Herkunft von einer guten Ausbildung profitieren. Gleichzeitig besteht die Erwartung an Auszubildende, praktische Erfahrungen zu sammeln. In der Zeitschrift «bildungspolitik» des VPOD vom März 2012 wurde das Problem richtig erkannt: «StudienabgängerInnen sollen sich möglichst eigenständig und auf eigene

Kosten zu bestens ausgebildeten und erfahrenen Berufsleuten machen. (...) Dass jemand direkt ab Studium angestellt und dann im Job ausgebildet wird, von diesem Szenario hat man sich offenbar verabschiedet.» Wer einen entsprechenden sozialen Hintergrund hat, kann sich ein schlecht bezahltes Praktikum leisten. Wie steht es aber um jene aus finanziell schwächerem Umfeld?

Prekäre Arbeitsverhältnisse beim Staat

Es geht mir um Gerechtigkeit und Fairness. Es geht mir um eine angemessene Entlohnung gut ausgebildeter Berufseinsteiger, die über der Armutsgrenze liegt. Ich störe mich nicht an den Arbeiten, die man in einem Praktikum

oder Volontariat absolviert. Praktika bieten in der Tat gute Einstiegsmöglichkeiten und in meinem Fall verläuft es rein beruflich auch ideal. Hingegen stört mich, dass der Staat die Basis für die schlechten Arbeitsverhältnisse legt – selbst in einem Mitte-links-regierten Kanton, wie im Fall meines Arbeitgebers. Ich sehe keinen Grund dafür, dass der Staat prekäre Arbeitsverhältnisse schafft. Gerade hier sollte mit gutem Beispiel vorangegangen werden – es sollten keine Praktikanten-, Volontärs- und Absolventenverordnungen ausserhalb der Lohngesetze eingerichtet werden.

Praktika sind Ausbildungsstellen

Mein eigenes Beispiel aus dem Kulturbereich ist nicht die Ausnahme. Es gibt schlecht bezahlte Praktika im Verlagswesen, im Journalismus, in den Pflegeberufen oder bei Anwälten. Kantone stellen Praktikantinnen oder Volontäre auf breiter Basis ein. Daher plädiere



Gut ausgebildet, schlecht bezahlt: Viele Studierende beginnen ihr Berufsleben mit einem Praktikum.

renze

ich dafür, dass die SP in der Frage der Praktika eingreift. Was es braucht, ist eine Definition des Begriffs. Es braucht eine Abgrenzung zu normalen Arbeitsstellen, denn Praktika sind Ausbildungsstellen. Es braucht ein Verbot, Einstiegsjobs wie Assistenzen in Praktika umzufunktionieren. Es braucht eine Unterscheidung von Ausbildungszeit und Einarbeitungszeit. Es braucht unterschiedliche Regeln für Studierendenpraktika und für Absolventenpraktika. Und es braucht Mindestlöhne, die nicht nur am Bildungsfortschritt, sondern auch an den Lebenskosten gemessen werden – während und nach der Ausbildung.



Andreas Rüfenacht ist Kunsthistoriker und Historiker, Mitglied der SP Bümpliz Bethlehem und Präsident von articulations, Schweizer Verein für den kunsthistorischen Nachwuchs.



GENOSSEN

Martin Meyer ist ehemaliger Präsident der Gewerkschaft VHTL und langjähriges Mitglied der SP-Sektion Bümpliz-Bethlehem



Ein Krimi über Schweizer Rechtsextreme

Unter dem Titel «Weissenau» hat Peter Beutler den Mordfall in der Neonazi-Szene im Berner Oberland literarisch verarbeitet.

Die rechtsradikale Gruppe «Orden der arischen Ritter» ermordete im Januar 2001 eines ihrer Mitglieder. Tatort war die Ruine Weissenau. Die Leiche wurde unweit der Beatenbucht in den Thunersee geworfen. Das brutale Verbrechen erregte damals in der Schweiz grosses Aufsehen. Der Krimi lehnt sich an diese traurige Geschichte an, ist aber nicht mit ihr identisch. Der Autor schreibt im Nachwort, Teile davon könnten und sollten jedoch authentisch wiedererkannt werden.

Zum Inhalt: Da ist einmal der junge Polizist Beat Lauber, der sich gegen Fremdenfeindlichkeit auflehnt und laufend Probleme mit rassistisch veranlagten und korrupten Kollegen hat. Parallel dazu erzählt der Autor die Geschichte des Adolf Imobstgarten, Sohn aus einer freikirchlichen Familie, Waffennarr und Bewunderer des Führers der «Schweizerischen Rütli-Partei». Ein Streit in einer Disco mit einem «Jugo» hat schwerwiegende Folgen: Zusammen mit drei Kollegen gründet Imobstgarten einen Geheimbund. Sie schießen auf eine Asylunterkunft, planen Überfälle und Mordanschläge. Die drei

Skinheads werden schliesslich gefasst. Der Schluss des Buches ist dem Prozess und den Reaktionen darauf gewidmet.

Das Buch gibt Einblick in die rechtsextreme Szene in der Schweiz und im benachbarten Ausland. Besonders gelungen finde ich die differenzierten Milieuschilderungen. Peter Beutler stellt Personen nicht einfach als «Bösewichte» dar, sondern lässt die gesellschaftlichen Einflüsse auf ihr Leben einfließen. Einige Personen – wie zum Beispiel Dr. Traugott Frank alias Christoph Blocher – können die Lesenden problemlos im echten Leben wiedererkennen. Ein von der ersten bis zur letzten Seite mitreissender und hoch spannender Krimi. Sehr empfehlenswert.

Der Autor

Peter Beutler, geboren 1942, ist in Zwieselberg aufgewachsen. Als promovierter Chemiker war er Lehrer. Von 1995 bis 2007 vertrat er die SP im Grossen Rat des Kantons Luzern. Seit der Pensionierung lebt er wieder im Berner Oberland.



Peter Beutler:
«WEISSENAU».
Kriminalroman.
Emons-Verlag,
Köln 2012.
272 S.

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch

ROTSTICH

Markets, you made my Day!

Jüngst habe ich in meiner Eigenschaft als Pendler ein Gratisexemplar der grafisch aufgemotzten «Schweizer Illustrierten» (Ausgabe Nr. 42/2012) oktroyiert bekommen. Zwecks Zerstreung habe ich das Klatsch-Heftli der Nation trotz prinzipieller Abneigung durchgeblättert. Retrospektiv ein weiser Entscheid. Ein ganz besonderes Schmankerl: «Ein Tag mit Oswald Grübel». Realsatire, wie sie schöner nicht sein kann.

Ossis Tag im Zeitraffer: Um 6 Uhr schaltet er den Fernseher ein, um sich «über die Märkte» zu informieren. Anschliessend fährt er ins Büro, wo er sich «mit den neusten Nachrichten aus der Welt» beschäftigt, wobei seine Welt natürlich die Märkte sind. Später trifft er sich mit Leuten, die seine «Meinung hören wollen» – zu den Märkten, klar. Am Nachmittag dann beobachtet er «wieder das Geschehen an den Märkten» und übt – wenn ihn diese ausnahmsweise langweilen – «putten beim Bürogolf». Wieder zuhause, verfolgt er gebannt die «Kursentwicklungen bis zum Börsenschluss», bevor er einschläft und sich «auf den Morgen» und – Überraschung! – «die Märkte» freut.

Die Märkte erfreuen sich derweil an Grübels Nachfolger: 10 000 Stellen putzt Charmebolzen Sergio Ermotti weg. Die Börse applaudiert, die Aktie macht einen Gump. «Das ist simple Mathematik», weiss der UBS-Boss im «20 Minuten» zu berichten. Die neoliberale Revolution frisst ihre Kinder. Aber eben nicht nur. Zumindest fühle ich mich in meiner gymnasial geprägten Überzeugung bestätigt, dass Mathematik des Teufels ist. Unverhohlen macht der adrette Sky-Dumont-Lookalike auch gleich klar, um was es ihm geht: «Es geht nicht um einzelne Personen», sondern darum, «Shareholder Value zu schaffen».

Plötzlich weiss ich, was Grübel mir sagen wollte: «It's the Market, Stupid!»
Cüpli-Sozi

GESEHEN



Bundesrat Alain Berset ist nicht nur Pianist: Aus Freude über das Ja zur Jugendmusikförderung spielte er am Jahresanlass der Gruppe 2015 den rund 400 Gästen ein Ständchen. Was er gespielt hat? Na, die Internationale, was denn sonst!

VERANSTALTUNG

SP Schweiz, SP Baselland und SP Basel-Stadt laden ein

1912–2012 Friedenskongress der Sozialistischen Internationale

SOZIALDEMOKRATISCHE FRIEDENSVISIONEN HEUTE JUBILÄUMSFEIER IM BASLER MÜNSTER

Basel, 24. November 2012

Basler Münster, 14–15.30 Uhr

Mit anschliessendem Apéro, spendiert von
der Regierung des Kantons Basel-Stadt



MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Liebe SP-Mitglieder,
Unsere Programme 2013 sind
soeben erschienen. Falls du poli-
tische, wirtschaftliche und gesell-
schaftliche Zusammenhänge verste-
hen und diskutieren möchtest, fin-
dest du bei uns zum Beispiel

Weiterbildungen zu:

- Tagung: Zukunft der Arbeitsge-
sellschaft – kontroverse Positionen
- Tagung: Aufbruch in Lateiname-
rika – soziale Bewegung, Gewerk-
schaften, Demokratien
- Welche Wahrheit schreibt die Zei-
tung?
- Finanzkrisen, ihre Ursachen und
unsere Antworten
- Wie macht man Wirtschafts-
prognosen?
- Einkommens- und Lohnschere –
die Massnahmen dagegen
- Eine andere Sicht auf die Wirt-
schaft – Erwerbsarbeit, Hausarbeit,
Sorgearbeit, Geschlechterverhält-
nisse
- Fair Trade – gerechter Lohn für
harte Arbeit
- Gute Arbeit – Zukunft der
Arbeitswelt
- Migrationspolitik und -recht:
Fakten, Wertungen, Perspektiven
- Altersvorsorge auf drei Säulen
– welche Zukunft für die Altersvor-
sorge?

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:

abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solo-
thurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),
Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter
(SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton
Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern),
Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael
Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG

Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH

Hellgasse 12, 6460 Altdorf

Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47

kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.10.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10.12.

Oder wie steht es mit **Weiter-
bildungen zum Thema:**

- Kommunikation, Umgang mit
Konflikten
 - Stress in Beruf und Alltag
 - Berufs- und Lebensgestaltung
 - Älter werden im Beruf, Vor-
bereitung auf die Pensionierung
- Oder möchtest du dich **weiter-
bilden als Mitglied:**
- einer Personalvertretung
 - einer Vorsorgekommission

Dies und noch vieles mehr bieten
wir an in Deutsch und Französisch.
Es freut uns, wenn wir dich neugierig
gemacht haben. Alle Ausschrei-
bungen sind auf unserer Homepage
ersichtlich. Gerne stellen wir dir un-
sere Broschüren auch zu (Tel. 031
370 00 70 oder info@movendo.ch).
Dein Movendo-Team

Die Kosten für Gewerkschaftsmit-
glieder werden meistens von der
Gewerkschaft getragen. Mit deiner
Anmeldung klären wir die Kosten-
frage ab und informieren dich.
SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-
schaftsmitglied sind, profitieren
vom reduzierten Tarif. Weiter kann
bei Monika Bolliger (SP Schweiz,
Telefon 031 329 69 91) finanzielle
Unterstützung beantragt werden.
Die Anmeldung erfolgt online: www.
movendo.ch, info@movendo.ch,
Telefon 031 370 00 70 oder
Fax 031 370 00 71

AGENDA

24. November

**Gedenkveranstaltung
«100 Jahre sozialistischer
Friedenskongress».**

Im Basler Münster

30. November

Koordinationskonferenz in Thun

1. Dezember

Delegiertenversammlung in Thun

Termine 2013

- 1. März: Koordinationskonferenz
- 2. März: Delegiertenversammlung
- 28. Juni: Koordinationskonferenz
- 29. Juni: Delegiertenversammlung
- 25. Oktober: Koordinations-
konferenz
- 26. Oktober: Delegierten-
versammlung

www.spschweiz.ch

Digitale Solidarität



Felix Stalder ist Professor
für Digitale Kultur an der
Zürcher Hochschule der
Künste und forscht am
World Information Institute
in Wien.

Die Digitalisierung wird vielfach noch
als Bedrohung empfunden. Dabei bietet
sie gerade für eine linke Politik vielfältige
Chancen. Es entstehen neue Ansätze, wie
Solidarität im Alltag erfahrbar wird.

Besonders im Feld der Kultur, das eine
starke Ausweitung erfährt. Kultur ist nicht
mehr nur der relativ kleine Bereich der pro-
fessionell produzierten Kultur, die von der
breiten Bevölkerung konsumiert wird.
Nein, die Digitalisierung hat neue Felder
der Alltagskultur entstehen lassen. Mehr
und mehr Personen werden zu kulturellen
ProduzentInnen, sei es, dass sie bloggen,
via Facebook in kleineren oder grösseren
Öffentlichkeiten auftreten oder selbst Musik
und Filme machen und diese übers Internet
vertreiben. Ebenso wie die Grenzen zwi-
schen «privat» und «öffentlich» verschwim-
men auch diejenigen zwischen «Profi» und
«Amateur» und zwischen «ProduzentIn»
und «RezipientIn».

In den neuen Feldern der Kultur werden
Werte der Partizipation, des Teilens und der
Kooperation, des Gemeinschaftlichen für
die Gegenwart definiert. Neue produktive
Praktiken entstehen, weit weg von Markt
und Staat, man denke etwa an die Wiki-
pedia, die solidarisches Handeln im Alltag
wirksam werden lassen. Uralte Traditionen
der Allmend werden wieder entdeckt und in
einem stark veränderten Umfeld mit neuer
Bedeutung versehen.

Das stellt der Politik neue Aufgaben: Wie
können diese Prozesse gefördert, wie kann
der Bereich jenseits von Markt und Staat
gestärkt werden? Im Bereich der Kultur
ist die Reform des Urheberrechts zentral.
Es muss wieder auf die Regulierung der
kommerziellen Ausbeutung kultureller
Werke zurückgeführt werden. Es müssen
aber auch Wege gefunden werden, um
diese neuen Formen der Solidarität mit den
bestehenden, besonders auf dem Feld der
Arbeit, zusammenzuführen. Hier liegt viel
innovatives Potenzial für die solidarische
Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.



NACH MIR DIE DÜRRE.

Wer Wasserquellen rücksichtslos ausbeutet,
nimmt anderen die Lebensgrundlage.
Helfen Sie uns, dafür zu sorgen, dass Wasser
in Entwicklungsländern gerecht verteilt wird.

www.helvetas.ch



Jetzt per SMS 30 Franken spenden:
Wasser 30 an 488.



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt

Unterstützt durch **■ GEBERIT**